

PRESSEMITTEILUNG

Musik machen – Haltung zeigen: Mitglieder des Musikrates engagieren sich für eine demokratische, weltoffene Gesellschaft und für Kulturelle Vielfalt

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Musikrates (DMR) hat den 5. Berliner Appell „Musik machen – Haltung zeigen“ sowie die Resolution „Jüdisches Leben schützen“ verabschiedet. Damit bekennen sich die Mitglieder des DMR dazu, sich gegen jegliche Form des Rassismus und Antisemitismus zu engagieren und fordern den Schutz der Werte und Normen des Grundgesetzes. Es ist das erste Mal, dass sich der DMR als zivilgesellschaftlicher Dachverband des Musiklebens mit einem Berliner Appell zu aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen äußert.

Hierzu Prof. Martin Maria Krüger, Präsident des Deutschen Musikrates: „Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen ist es an der Zeit, dass die Mitglieder des Deutschen Musikrates, der als zivilgesellschaftlicher Dachverband des Musiklebens die Interessen von rund 14 Millionen Menschen in Deutschland vertritt, ihre Stimme erheben und gemeinsam für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes eintreten, in der Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben dürfen. Wir sind der Überzeugung, dass Musikpolitik nicht nur Fachpolitik ist und sein darf, sondern auch ein Teil von Gesellschaftspolitik sein muss. Der 5. Berliner Appell wird künftig die Grundlage für unser zivilgesellschaftliches Engagement darstellen. Die Resolution ‚Jüdisches Leben schützen‘ ist die erste Konkretisierung der Kernbotschaften dieses Appells.“

Der 5. Berliner Appell spannt in seinen drei Bereichen Appell, Forderungen und Notwendigkeiten bewusst einen breiten Themenfächer und ist damit Bezugspunkt für künftige Stellungnahmen des DMR zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen. Die Berliner Appelle des DMR, die nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden können, stellen die traditionell höchste Appellationsebene dar. Ihre Themen ergeben sich aus den aktuellen musikpolitischen Arbeitsschwerpunkten des DMR. Die bisherigen Berliner Appelle zu den Themen Musikalische Bildung, Kulturelle Vielfalt sowie Musik und Medien finden Sie unter www.musikrat.de/musikpolitik.

Berlin, 29. Oktober 2019

5. Berliner Appell

Musik machen – Haltung zeigen

Für eine demokratische, weltoffene Gesellschaft und für Kulturelle Vielfalt

Der Deutsche Musikrat, der weltweit größte nationale Dachverband des Musiklebens, der die Interessen von rund 14 Millionen musizierenden Menschen repräsentiert, engagiert sich für eine demokratische und weltoffene Gesellschaft, die die Werte und Normen des Grundgesetzes lebt. Diese Werte und Normen sehen wir durch Hass und Gewalt von rechts- wie linksradikalen Gruppierungen, durch den sich ausbreitenden Rechtsterrorismus und die Verrohung in der öffentlichen Kommunikation in Gefahr. Antisemitismus, Rassismus oder Homophobie dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Die prägende Kraft der Musik, die in ihrer Breite und Tiefenwirkung mit keiner der anderen Künste vergleichbar ist, berührt den Menschen in all seinen Sinnen und Vermögen. Musik machen und Musik erleben sind zentraler Bestandteil einer ganzheitlichen Menschenbildung. Musik ist Teil unserer Verständigung über Kultur. Deshalb ist die Freiheit der Kunst und ihrer Lehre in Art. 5 GG geschützt. Auf dieser Grundlage wenden wir uns gegen den Missbrauch der Musik, der Rassismus und Gewaltverherrlichung zum Ziel hat.

Der Deutsche Musikrat appelliert

an alle in Deutschland lebenden Menschen, sich für ein menschenwürdiges und tolerantes Miteinander zu engagieren – Denn: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ängste zu schüren ist ein Mittel der Demagogen und Populisten im Werben um vermeintlich einfache Lösungen komplexer Sachverhalte. Zu den zentralen Herausforderungen gehört es, Ängste in Neugier zu verwandeln, der sich Staat wie Zivilgesellschaft im Interesse unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts intensiver stellen müssen.

Der Deutsche Musikrat fordert

- **die Freiheit der Kunst auf der Grundlage des weiten Kulturbegriffs der UNESCO-Erklärung von Mexico-City 1982 zu verteidigen.** Hinter der „ergebnisorientierten Kulturförderung“ rechtsnationaler Regierungen in Europa und der Forderung der Rechtsnationalen in Deutschland nach der „Entsiffung des Kulturbetriebes“ verbirgt sich ein ideologischer Kampf gegen die Freiheit der Kunst.
- **Parlamente und Regierungen auf allen föderalen Ebenen auf, die UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt konsequent umzusetzen.** Kulturelle Vielfalt ist eine Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kulturelle Teilhabe ist Voraussetzung für Kulturelle Vielfalt.
- **die Kultusministerkonferenz auf, die Voraussetzungen für eine qualifizierte und kontinuierliche Musikalische Bildung zu schaffen.** Musik muss wieder selbstverständliches Pflichtfach werden - für allen Schularten und alle Jahrgangsstufen. Das geht nur mit pädagogisch wie künstlerisch qualifiziertem Personal. Angesichts des Fachkräftemangels führt der Rückgriff auf Quer- und Seiteneinsteiger nicht nur zu

einer Gefahr der Deprofessionalisierung in der Musikvermittlung und der Gefährdung ganzer Ausbildungsgänge an den Musikhochschulen und Universitäten, sondern enthält Kindern und Jugendlichen einen wesentlichen Teil ganzheitlicher Menschenbildung vor. Dazu gehört auch die Stärkung der bildungskulturellen Arbeit der Musikschulen und des Amateurmusizierens.

Der Deutsche Musikrat hält es für notwendig

- **Sprache nicht nur als Kommunikationsmittel, sondern als Kulturgut zu verstehen.** Lebendige Sprache braucht die Erinnerung an ihre Entwicklungsgeschichte wie den verantwortungsvollen Umgang mit der Schönheit und Aussagekraft ihrer unmittelbaren und mittelbaren Wirkung. Sprache ist, wie die Musik, von zentraler Bedeutung für die Identifikationen des Einzelnen wie für unsere Gesellschaft.
- **eine gesellschaftliche Streitkultur, die komplexe Sachverhalte nicht der Vereinfachung populistischer Akteure überlässt, zu pflegen.** Im Respekt vor dem Andersdenkenden müssen konträre Positionen faktenbasiert ausdiskutiert werden, ohne den Kompromiss als Schimpfwort zu degradieren. Dazu gehören im Zeitalter der Algorithmen-gesteuerten Meinungsbildung die Suche nach Zusammenhängen und eine respektvolle Dialogkultur. Demokratie ist anstrengend aber ohne Alternative.
- **die gesellschaftliche Wertschätzung der Menschen, die sich für das Gemeinwohl in unserem Land im Ehrenamt wie im Hauptberuf engagieren, zu stärken.** Dazu gehören u.a. die Menschen bei Polizei, Feuerwehr, Sanitätsdiensten, im Gesundheitswesen, den Vereinen, der Kommunalpolitik, bei den Hilfsorganisationen und der Bundeswehr ebenso wie in den Musikszenen und ihren vielfältigen professionellen und ehrenamtlichen Netzwerken.
- **die Anwendung und Durchsetzung geltenden Rechts beim Schutz von Menschen in unserem Land wie in der zeitnahen Ahndung von Regel- und Gesetzesverstößen konsequent durchzusetzen.**
- **mehr Verantwortungsbewusstsein für den Erhalt von Vielfalt in Natur und Kultur zu schaffen.** Im Anthropozän, dem vom Menschen gemachten Zeitalter, ist die Bewahrung der Schöpfung eine zutiefst kulturelle Frage. Deshalb dürfen zum Beispiel Internationale Handelsabkommen dem Raubbau an der Natur und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen keinen Vorschub leisten.

Wir, Menschen unterschiedlicher Herkunft und Weltanschauungen im Deutschen Musikrat, stehen nicht nur für die Musik um ihrer selbst willen ein, sondern engagieren uns als Bürgerinnen und Bürger für ein fried- und respektvolles Zusammenleben in unserem Land.

Im Geiste des 5. Berliner Appells werden wir auch künftig unsere Stimme erheben: für Demokratie und ein lebendiges Musikland Deutschland.

Berlin, 28. Oktober 2019

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Musikrates

Jüdisches Leben schützen Bekenntnisse allein reichen nicht

Das Judentum gehört zu unserem Land, ist Teil unserer Heimat. Das Judentum, das Christentum, der Islam, viele weitere Religionen und immer mehr auch die Nicht-Religiosität sind Teil unserer Kultur. Laut Grundgesetz (Art. 4 Absatz 1, 2) gilt: Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Daher gehört die Bekämpfung des Antisemitismus, ob verdeckt oder offen gezeigt, in den Mittelpunkt zivilgesellschaftlichen und staatlichen Handelns.

Die größte Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind dabei der Rechtsextremismus mit dem daraus entstehenden Rechtsterrorismus und deren geistige Brandstifter. Wer mit Worten Hass sät, wird Gewalt ernten. Die Bekenntnisse zum Schutz jüdischen Lebens werden nur dann ihre gewünschte Wirkung entfalten, wenn darauf auch Handeln folgt: jeder an seinem Platz und mit seinen Möglichkeiten. Es muss unangenehm werden, sich antisemitisch zu äußern – ob im Freundeskreis, auf dem Schulhof oder Fußballplatz, am Stammtisch oder sonst wo.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung endet dort, wo die Grundrechte anderer verletzt werden.

Deshalb werden wir, die Mitglieder des Deutschen Musikrates, Gesicht zeigen und aufstehen gegen Antisemitismus – sei es im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz oder im privaten Umfeld.

Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes: stehen Sie auf gegen Antisemitismus, geben Sie dem Eintreten für die Werte und Normen unseres Grundgesetzes eine Stimme und geben Sie vor allem den zumeist ehrenamtlichen Politikerinnen und Politikern auf der Kommunalebene ihre Unterstützung bei Anfeindungen von rechts.

Wir fordern diejenigen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, die sich ohne Wenn und Aber den Werten und Normen des Grundgesetzes verpflichtet fühlen, sowie die Bundesregierung, die Länderparlamente und Landesregierungen auf: Setzen Sie eine nachhaltig wirksame Politik für eine demokratische und offene Gesellschaft rasch um, damit Antisemitismus, Hass und Gewalt keinen Platz mehr in unserer Gesellschaft haben.

Dabei kommt es darauf an, nicht nur die Folgen demokratiegefährdenden Handelns mit klarer Gesetzgebung und konsequentem Handeln zu bekämpfen, sondern vor allem deren Ursachen.

Dazu gehören u.a.:

- Die Strafverfolgungsbehörden so auszustatten, dass die Verletzung geltenden Rechts schneller und konsequenter geahndet werden kann.
- Die Betreiber von Online-Plattformen müssen verpflichtet werden, sich bei strafrechtlich relevanten Fällen proaktiv an die Strafverfolgungsbehörden zu wenden. Bei besonders schweren Fällen von Beleidigung und Verleumdung sollten auch von

- Amts wegen Ermittlungen möglich sein.
- Eine Diskussion zur Klarnamenkennzeichnung im Internet.
 - Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung muss mit politischen Handlungskompetenzen als Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Mitwirkungsmöglichkeiten im Kabinett ausgestattet werden.
 - Der Strafrahmen für Verleumdung und Beleidigung im Netz muss erweitert werden.
 - Der § 46 des Strafgesetzbuches sollte um den Zusatz „Antisemitismus“ erweitert werden.
 - Das Grundrecht auf eine ganzheitliche Menschenbildung, in der Schule und in außerschulischen Einrichtungen, insbesondere in der politischen und kulturellen Bildung, zu ermöglichen, die kulturelles Erleben, schöpferisches Tun, das Erkennen von gesellschaftspolitischen Zusammenhängen und die Befähigung zur Teilhabe an kulturellen Aushandlungsprozessen von Anfang in den Mittelpunkt der Vermittlung stellt. Dazu bedarf es einer gesellschaftlichen Kehrtwende in der Wertschätzung der Menschen, die in Kindertagesstätten, Schulen und außerschulischen Einrichtungen arbeiten, durch eine entsprechende finanzielle und sächliche Ausstattung.

Berlin, 28. Oktober 2019

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Musikrates